

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 16 07. August 1996

➔ **Das Ende der Meinungs- freiheit** Seite 2

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin zeigt auf, was die Neue Rechte mit den Appellen zur angeblich gefährdeten Freiheit der Meinungsäußerung, die in einflußreichen Zeitungen wie der Frankfurter Allgemeinen und der Stuttgarter Zeitung veröffentlicht wurden, erreichen will. Für Vergin ist es höchste Zeit zur demokratischen Gegenwehr.

➔ **Zum Freispruch für Erich Priebke** Seite 3

Ein römisches Militärgericht hat den als Kriegsverbrecher angeklagten früheren SS-Hauptsturmführer in erster Instanz freigesprochen. Der zuständige Richter, der trotz gegenteiliger Expertenaussagen auch den Befehlsnotstand gelten ließ, hatte schon vor Übernahme des Falles einen Freispruch vorhergesagt.

➔ **Brauner Aufmarsch** Seite 4

Die neonazistische Szene rüstet wieder einmal konspirativ zum alljährlich stattfindenden verbotenen „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“. Durch zahlreiche Anmeldungen versuchen die Rechtsextremisten, die bundesdeutschen Behörden irrezuführen.

➔ **„Freiheitliche“ machen mobil** Seite 7

Der „Bund Freier Bürger“ tingelt mit einer Veranstaltungstournee durch deutsche Städte. Als Gäste finden sich auch gerne Skinheads ein.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Das Ende der Meinungs- freiheit

von Siegfried Vergin MdB

Zum "Appell der 500. Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr" (Stuttgarter Zeitungen am 20.7.1996) erklärt der Mannheimer Bundestagsabgeordnete und Sprecher der SPD-Projektgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" Siegfried Vergin:

Was sind denn das für Gesellen? Geschmückt mit Professorentitel oder Doktorgrad, ihres Zeichens wenigstens Publizist, Verleger oder Buchhändler. 500 an der Zahl!?

Sie machen sich Sorgen um ein Deutschland, das "in zunehmendem Maße Sondergesetze und strafrechtliche Verfolgung" anwendet. "Bestimmte Fragen der Zeitgeschichte" werden der "wissenschaftlichen Forschung" und dem "Prozeß der Wahrheitsfindung" entzogen. "Zum Inhalt der strittigen Fragen" wollen die Herrschaften aber nicht Stellung nehmen. Aber auf jeden Fall, das steht für diese Ankläger der Bundesrepublik fest, werden sowohl die Menschenrechte als auch die freiheitliche demokratische Grundordnung verletzt.

Schaut man sich die Namensliste an, dann wird klar, um welche Inhalte und welche Ziele es ihnen geht.

Der Verantwortliche i.S.d.P. ist der emeritierte Professor Dr. H. Schröcke, bekannt als Autor der Holocaust-leugnenden Vierteljahresschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" und der NS-apologetischen Zweimonatsschrift "Recht und Wahrheit". Um ihn herum finden sich Namen, die zur Neuen Rechten zu zählen sind, die immer wieder in bestimmten Zirkeln, Buchpublikationen und auch öffentlichen Veranstaltungen ihre Ideen ausbreiten.

Und die Neue Rechte pflegt mit ihren Publikationen und Autoren sowohl Verbindungen in das rechtsextreme, verfassungsfeindliche Umfeld, als auch - und dies mit beachtlichem Erfolg - in das konservative Lager. Wer sich intensiv mit der Neuen Rechten befaßt, merkt bald, daß Selbstverharmlosung ihr liebstes Geschäft ist. Sie ist für die Entwicklung der Demokratie gerade deshalb gefährlich, weil Vertreter der Neuen Rechten bürgerlich-

wohlanständig, im Nadelstreifenanzug auftreten und damit eine geistige und organisatorische "Scharnierfunktion" zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus ausüben.

Der erstmalig am 17. Mai in der FAZ veröffentlichte Appell, jetzt im Juli in den bürgerlichen Stuttgarter Zeitungen wiederholt, zeigt, daß Verwirrung und Themenführerschaft erreicht werden sollen bei Menschen, die rat- und haltlos in unserer Gesellschaft sind. Und es soll vor allem der demokratische Staat verteufelt werden, der mit "Sondergesetzen" arbeite, um Wissenschaft und Meinungsfreiheit zu unterdrücken. In einem nächsten Schritt fällt es Vertretern der Neuen Rechten dann leicht, die vermeintlich positiven Facetten des NS-Systems auszugraben.

Zum Inhalt des "Appells der 500" gehört auch - und bei diesem Hinweis heulen bzw. schrecken viele Konservative auf - die Wiederentdeckung Carl Schmitts. Die Neue Rechte stützt sich in ihrem Kern auf Carl Schmitts Freund-Feind-Schema. Schmitts Reputation öffnet in weiten Teilen des konservativen Lagers immer noch - besser muß es wohl heißen: immer mehr - die Türen. Daß Carl Schmitt für eine völkische Staats- und Rechtsauffassung, die Beseitigung der Gewerkschaften und die Vernichtung der als Feinde des deutschen Volkes betrachteten jüdischen Deutschen eintrat und die diktatorische Willkür des Führers als Rechtssetzungspraxis verteidigte, will man nicht wahrhaben bzw. vergessen.

Dieser in einflußreichen Zeitungen erschienene Anzeigen-Appell darf die geistige und politische Elite unseres Landes nicht ruhen lassen. Klare Antworten zur Orientierung an den Schulen und Hochschulen sind notwendig. Waren es im Mai noch 100 Unterzeichner, so ist die Zahl im Juli auf 500 gestiegen. D.h. die demokratische Gegenwehr ist notwendig.

Der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger hat die Zusammenhänge von einst und jetzt so formuliert: "Der Nationalsozialismus ist vorbereitet worden von Denkern und Dichtern, Juristen und Politikern, die als Konservative Revolution eine "nationale Opposition" aufbauten und der nationalsozialistischen Bewegung den geistigen Boden und die pseudowissenschaftlichen Begründungen zum Aufbau ihrer Weltanschauung lieferten. Eine neue Konservative Revolution wendet sich mit beachtlicher intellektueller und publizistischer Macht gegen die freiheitliche Demokratie und beeinflußt das Denken der Gesellschaft bis tief hinein in bürgerliche Kreise."

Nebis idem:

Zum Freispruch für Priebke

Seit dem Beginn von NS-Prozessen in der Bundesrepublik haben Angeklagte versucht, Befehlsnotstand für sich in Anspruch zu nehmen. Mit anderen Worten: Hätte ich es nicht getan, wäre ich an die Wand gestellt worden. Oberstaatsanwalt Dr. Adalbert Rückerl, der langjährige Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, wo seit 1958 alle NS-Verfahren vorbereitet werden, wollte genau wissen, wie das mit dem Befehlsnotstand war. Er ging persönlich dem einzigen Fall nach, der zuzutreffen schien. Ein Gefreiter Schulz sollte sich in Jugoslawien geweigert haben, Partisanen zu erschießen. Daraufhin sei er selbst erschossen worden. Rückerl fand heraus: Schulz war während der Kämpfe mit Partisanen verwundet worden. Er starb in der Praxis eines Arztes, der das bestätigte. Seitdem ist in deutschen Gerichtssälen von Befehlsnotstand nicht mehr die Rede. Auch ausländische Gerichte haben Rückerls Erkenntnisse übernommen, z.B. das Schwurgericht in Lyon 1987 im Prozeß gegen Klaus Barbie. Das italienische Militärgericht in Rom unter Militärrichter Antonio Quistelli mochte trotz entsprechender Expertenaussagen Befehlsnotstand nicht ausschließen. Ein „tragischer Irrtum“ war für Quistelli das größte deutsche Massenverbrechen in Italien. Folglich Freispruch für SS-Hauptsturmführer (Hauptmann) Erich Priebke.

Auch seine tadellose Lebensführung und sein hohes Alter sprächen für ihn, meinte der Richter. Dabei hat Priebke erstens zugegeben, selbst im März 1994 in den Ardeatinischen Höhlen südlich von Rom zwei der insgesamt 335 Geiseln erschossen zu haben. Während der Hauptverhandlung kam kein Wort des Bedauerns über seine schmalen Lippen. Die Flucht nach Argentinien unter den Schutz von Diktator Juan Peron war ihm wie Eichmann, Mengele, Schwammberger u.a. mit Hilfe des kroatischen Vatikanbischofs Alois Hudal gelungen. Warum floh er? Gutes Gewissen, einwandfreie Lebensführung, hohes Alter schützen in einem demokratischen Rechtsstaat nicht vor Strafe wegen Mordes. Und gemordet hat Priebke nach eigenem Eingeständnis.

Die Nebenkläger hatten ein Schwurgericht statt eines Militärgerichts verlangt, waren aber mit ihrem Antrag gescheitert. Dabei hatten sie recht.

Der Fall hätte selbstverständlich vor Straf- und nicht vor Militärgericht gehört. Dann die Sache mit der Befangenheit Quistellis. Ehe er den Fall zugewiesen bekam, hatte er einen Freispruch vorhergesagt. Kein Wunder. Sollte doch ein ehemaliger Soldat mit einwandfreier Lebensführung wegen eines „tragischen Irrtums“ zur Verantwortung gezogen werden. Also mal ehrlich, von Offizier zu Offizier. Hans Filbinger läßt grüßen, der NS-Marin Richter, der nicht begriff, daß NS-Recht in der Bundesrepublik vorwiegend als Unrecht angesehen wird.

„Ein tragischer Irrtum“

Nun ist Priebke zwar freigesprochen, frei ist er aber nicht. Unter dem Druck der verständlichen Tumulte ließ Roms Justizminister Priebke wieder in Haft nehmen. Der Minister, zuständig für Recht und Gerechtigkeit, beugte sich der Straße, so gerecht die Proteste auch waren. Er hätte sich ein Beispiel an Ministerpräsident Prodi und Staatspräsident Scalfaro nehmen sollen. Prodi fuhr aus Solidarität mit den Opfern unmittelbar zum Tatort - nicht zum viel zu kleinen Gerichtssaal, sondern zu den Höhlen. Scalfaro sagte: „Ich verbeuge mich vor den Leiden, die kein Ende finden“ und empfing am Tage nach dem Urteil die Spitzen der jüdischen Gemeinde von Rom.

Reagiert hat auch die Bundesregierung. Ein Sprecher sagte vor der Bundespressekonferenz, Bonn werde sich nun um Priebkes Überstellung bemühen. Der muß aber Argentinien zustimmen. Buenos Aires hatte Priebke nämlich unter dem Vorbehalt nach Italien ausgeliefert, daß er nur dort angeklagt werde. Außerdem muß die deutsche Justiz die in Rom anstehende Berufungsverhandlung abwarten, die von der Staatsanwaltschaft verlangt wird. Ob es zur zweiten Instanz kommen wird, weiß derzeit niemand. Und wenn die Berufungskammer Priebke ebenfalls freispricht, dann darf er gar nicht ausgeliefert werden. Rechtskräftige Urteile sind unanfechtbar. Hier gelten europäische Rechtsnormen, die unumgänglich sind, dies auch sein müssen. Denn irgendwann muß ein Ende gemacht werden. Priebke hat gemordet. In erster Instanz wurde er freigesprochen. Folgt die zweite Instanz diesem Urteil, dann ist er frei. Der Rechtsstaat Italien hat bereits jetzt Schaden genommen. Dennoch gilt nebis idem - niemals für eine Tat zweimal vor Gerichte gestellt zu werden.

Heiner Lichtenstein

Hess-Gedenk- marsch 1996

Zum neunten Mal mobilisiert die Neonazi-Szene anlässlich des Todes von Führer-Stellvertreter Rudolf Hess ("Märtyrer für den Frieden") am 17. August zu einem Gedenkmarsch des "nationalen Deutschlands".

Dem britischen Magazin "Searchlight" und der schwedischen Antifa-Zeitschrift "Expo" liegen eine Anmeldung für den 1996er Rudolf-Hess-Gedenkmarsch am 17.8.1996 im schwedischen Trollhättan (ca. 70 km nördlich von Göteborg) vor. Angemeldet hat den Gedenkmarsch die neonationalsozialistische Gefangenenhilfsorganisation "Gelbes Kreuz", eine Vorfeldorganisation der von John Christopher Rangne geführten "Nationalen Allianz".

In einem Flugblatt des "Aktionskomitees Rudolf Hess" in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis "Samstag frei für die Polizei" wird dagegen zu einer zentralen Kundgebung in der Bundesrepublik mobilisiert: "nach den kleineren Demonstrationen in Fulda - Luxemburg - Roskilde (Dänemark) und Schneverdingen ist es dringend an der Zeit, in Deutschland ein Fanal für Rudolf Hess zu setzen. Jetzt muß jeder, der in den letzten Jahren dabei war, dafür sorgen, daß er mindestens einen neuen Kameraden mitbringt. Kommt alle, überwindet Trennendes, es geht um Ehre und Gerechtigkeit für unser Vaterland!" Das Flugblatt wurde von dem militanten Neonazi "Lutscher" auch ins neonazistische Mailbox-Netz "Thule" eingespeist.

Über die Vorbereitung der diesjährigen "Rudolf Hess-Aktion" können sich die bundesdeutschen Neonazis auch über die Nationalen Infotelefone Rheinland und Sauerland informieren. Unter dem Motto "Versammlungsfreiheit statt Verbote!" ruft der Bundespressesprecher der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), Klaus Beier (63882 Miltenberg; Mitglied des bayerischen JN-Landesvorstands; Mitorganisator des "Hans-Münstermann-Trauermarsches"), ebenso zu einer zentralen Großkundgebung zu "Ehren des Friedensfliegers" Hess auf. In einer Pressemitteilung vom 26. Juli informiert der 30jährige Beier (geboren in Hof an der Saale), daß die NPD-Jugendorganisation (Geschäftsstelle: Bochum) in über 100 größeren Städten Kundgebungen und Mahnwachen angemeldet habe: "Die nationale Jugend wird friedlich und diszipliniert auf deutschen Straßen und Plätzen für >Versammlungsfreiheit statt Verbote!< demonstrieren."

Anton Maegerle

Gewaltpotential im Osten wächst

Kein Ende der Überfälle auf Ausländer und Wessis in Sicht - Notfalls genügt als Opfer auch ein Wessi

Die Gewalt ist monatelang in der Luft. "Die haben immer wieder rechtsradikale und ausländerfeindliche Parolen gegrölt", berichtete der Wirt der Bahnhofswirtschaft, der die Tag für Tag auf dem Bahnhofsvorplatz der brandenburgischen Kleinstadt Mahlow versammelte Gruppe junger Leute gelegentlich zur Ruhe und zur Zurückhaltung mahnte. Doch die Appelle nützten nichts: Mitte Juni machte die Clique ernst und jagte unter "Ausländer raus"-Rufen drei in Mahlow lebende schwarze britische Bauarbeiter bei einer Auto-Verfolgungsjagd quer durch den Ort. Ein 36jähriger Mann liegt seitdem mit schweren Lähmungserscheinungen im Krankenhaus. Die Polizei ermittelte mehr als fünf Wochen lang, bis sie endlich zwei 24 und 17 Jahre alte Tatverdächtige festnahm, die auch geständig waren.

Die Jugendlichen von Mahlow entsprechen so ziemlich dem Bild, das Soziologen und Psychologen von den jungen Gewalttätern im Osten der Republik zeichnen. "Der rechtsextreme Hintergrund ist bei ihnen kaum noch zu erkennen", sagt der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer, der das Phänomen der Jugendgewalt seit der Wende in der früheren DDR beobachtet. Für Heitmeyer ist die brutale Gewalt denn auch keine politische Aktion der rechten Szene, sondern eher ein verzweifelter Ringen um Anerkennung: Die jungen Menschen wollen auf diese Weise ihre Stärke demonstrieren, sie wollen endlich in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. "Das Gefühl von Gewalt ist attraktiv", faßt Heitmeyer zusammen. "Auch eine negative Anerkennung ist schließlich eine Anerkennung". Dabei ist es den häufig ange-trunkenen jungen Schlägern ziemlich egal, wen sie angreifen. Daß nahezu jeder Fremde als Opfer ausgewählt werden kann, berichtete jüngst auch der Potsdamer Kripo-Beamte Dieter Post, der im Lande Brandenburg in Dutzenden von Fällen von Jugendgewalt ermittelt hat. "Ein Farbiger ist den Schlägern am liebsten", so Post in einem Interview. "Aber wenn der gerade nicht greifbar ist, tut es auch ein Pole, Russe oder Wessi."

Die Serie von Gewaltaktionen will nicht abreißen. Im Juni 1992 stießen junge Männer mit Glatzen und Springerstiefeln einen Farbigen aus der Berliner S-Bahn und schlugen anschließend zwei japanische Touristen zusammen. Seitdem vergeht kein Sommer, in dem es in der früheren DDR nicht zu Übergriffen auf mißliebige Besucher kommt. In den Städten leben vor allem Asylbewerber gefährlich, sowie ausländische Touristen mit schwarzer, brauner oder gelber Haut. Dagegen geht es auf dem flachen Lande hauptsächlich deutschen Touristen an den Kragen: In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt registrierte die Polizei in den letzten vier Jahren mindestens zehn Überfälle, bei denen Besucher von Camping-Plätzen zum Teil schwer verletzt wurden. Auch Schulklassen aus Berlin und aus dem Westen der Republik werden immer wieder angegriffen - vor allem, wenn ausländische Mitschüler mitreisen. "Türken-schweine" und "Ausländer raus, sonst gibt es Dre-sche" riefen Jugendliche aus dem pommerschen Ueckermünde im vergangenen Jahr einer Berliner Schulklasse zu. Und in der bei Dessau gelegenen Kleinstadt Muldenstein mußte jüngst ein Asylbewerber aus Siera Leone um sein Leben rennen: Der Mann wurde unter "Neger raus"-Rufen von einer Horde junger Männer per Pkw durch die Stadt gehetzt und konnte sich nur durch einen beherzten Sprung in einen Vorgarten retten.

Bürgermeister zeigt Verständnis

Wie der Staat der brisanten Mischung aus Gewalt, Frust, Wut und Alkohol begegnen soll, ist unter den Experten umstritten. "Die Ausschreitungen", sagt der Schweriner Kriminologe Frieder Dünkel, "sind jedenfalls der Ausdruck eines bedrohlichen Gewaltpotentials, das sich nach der Wende aufgebaut hat und das weiter wächst." Dünkel und andere Fachleute empfehlen zum einen die Schaffung von Freizeitangeboten für die gewaltbereiten Jugendlichen, zum anderen aber auch eine Verstärkung der Polizeipräsenz vor Ort. Zumindest in Mahlow hätten die Ordnungshüter aufmerksamer hinsehen müssen: Die jungen Leute, gegen die in der Vergangenheit bereits mehrere einschlägige Ermittlungsverfahren eingeleitet worden waren, trafen sich vor dem Bahnhof schließlich in aller Öffentlichkeit und ließen dort hörbar ihrem Haß auf Ausländer und auf alles Fremde freien Lauf. Für manche ihrer Äußerungen fanden sie bei ihren Mitbürgern jedoch ein gewisses klammheimliches Verständnis - sogar beim Ortsbürgermeister Werner La Haine. "Wenn Ausländer hier eingestellt

werden und für ein paar Mark arbeiten, dann gibt das schon böses Blut", erklärte der erste Mann der Stadt in einem Interview. Und: "Facharbeiter sind berechtigt verärgert, wenn dann diese Arbeitsplätze weggenommen werden. Da muß etwas getan werden."

Sebastian Bähr

Rechte Hochburg

Als „Hochburg der Rechten in Sachsen“ bezeichnen Verfassungsschützer die Stadt Wurzen. Durch Übergriffe von rechtsextremen Skinheads ist die sächsische Kleinstadt in jüngster Vergangenheit erneut in die Schlagzeilen geraten. So wurde dort Ende Juli ein Kamerateam der „Deutschen Welle“ von Skinheads überfallen, glücklicherweise entstand nur Sachschaden. Weniger glimpflich ging für die Opfer ein brutaler Überfall einer Gruppe rechtsextremistischer Skins ebenfalls Ende Juli aus. Zwei spanische Bauarbeiter wurden von den Gewalttätern vor einer Diskothek bewußtlos geschlagen. Die Soko Rex des sächsischen LKA konnte wenige Tage später vier rechte Schläger im Alter zwischen 17 und 26 Jahren ermitteln. Gegen einen 17jährigen wurde Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Die vier Tatverdächtigen gestanden den Überfall und gaben als Motiv u.a. Ausländerfeindlichkeit an. Mitte Mai waren die Betreuer einer Kinderfußballmannschaft von 25 gewalttätigen Skins angegriffen und teilweise schwer verletzt worden. Der Verfassungsschutz geht von bis zu 180 rechtsorientierten Jugendlichen in der sächsischen Kleinstadt aus. Pikant daran ist, daß nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die Szene weitgehend von der rechtsextremistischen NPD beeinflusst ist. So gilt das 23jährige NPD-Mitglied Markus Müller als „Leitfigur“ der Szene.

Auch in den Vorjahren war es in Wurzen zu einer Reihe von Übergriffen durch Skinheads, teils auf (meist linke) Jugendliche, teils auf ausländische Bürger gekommen. Beispielsweise wurden im Oktober 1994 portugiesische Bauarbeiter in ihren Wohncontainern von etwa 50 gewalttätigen Skins überfallen, im April 1995 vier Italiener nach dem Besuch einer Disco von fünf rechten Skins zusammengeschlagen und schwer verletzt. Über die Häufung der rechten Gewalttätigkeiten in Wurzen berichtete schließlich Anfang April dieses Jahres das ZDF in einer Sendung.

Was Verbote bewirken

Angesichts der täglichen Meldungen über rechtsextremistische Aktionen bundesweit stellt sich die Frage, was die zahlreichen Verbotsverfügungen gegen rechtsextremistische Organisationen gebracht haben. In der Tat hatten sich die Sicherheitsbehörden von den seit langem angemahnten und erst seit 1992 verfügten Maßnahmen eine nachhaltige Verunsicherung der rechtsextremen Szene versprochen. Betroffen waren bisher folgende Organisationen:

bundesweit

- * "Nationalistische Front" (NF) - November 1992
- * "Deutsche Alternative" (DA) - Dezember 1992
- * "Nationale Offensive" (NO) - Dezember 1992
- * "Wiking Jugend" (WJ) - November 1994
- * "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) - Februar 1995

landesweit

- * "Deutscher Kameradschaftsbund" in Wilhelms-
haven (DKB) - Dezember 1992; Niedersachsen
- * "Nationaler Block" (NB) - Juni 1993; Bayern
- * "Heimattreue Vereinigung Deutschlands" (HVD)
- Juli 1993; Baden-Württemberg
- * "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" (FFD)
- September 1993; Nordrhein-Westfalen
- * "Nationale Liste" (NL) - Februar 1995;
Hamburg
- * "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF) - Mai
1995; Brandenburg

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in einer im Juni beantworteten Kleinen Anfrage (Bundestags-Drucksache 13/4993 vom 20.6.1996) diesen (scheinbaren) Widerspruch aufgegriffen. Vorweg zu schicken ist dazu, daß sich inzwischen - worauf der "blick nach rechts" ja vielfach hingewiesen hat - die Struktur des Rechtsextremismus gewandelt hat. Nicht nur angesichts des Verfolgungsdrucks, vor allem infolge neuer Informationsmöglichkeiten sind Organisationen weit weniger wichtig, weil eine informelle Vernetzung der Szene funktioniert. Im übrigen bedurfte es für die sich jüngst häufenden, von rechtsextremistischen Rädelsführern beeinflussten Überfälle auf Camper keiner Organisation, das Einvernehmen funktioniert hier viel simpler. Das Interesse der Parlamentarier bezieht sich deshalb zunächst darauf, daß in Info-Telefonen frühzeitig Hinweise auf bevorstehende Verbotsverfügungen und in Folge Durchsuchungsaktionen gegeben wurden. Hier kann die Bundesre-

gierung darauf verweisen, daß im Verfahren Anhörungen gesetzlich vorgeschrieben sind. Hinsichtlich Neugründungen kann sich die Bundesregierung dahingehend zurücklehnen, daß die Länder für den Vollzug von Verbotsverfügungen zuständig sind. Immerhin hat es seit 1992 mehr als einhundert Ermittlungsverfahren wegen Folgeaktivitäten nach dem Vereinsgesetz bzw. dem Strafbuch gegeben. Zur Wirkung von Verbotsverfügungen auf nicht ganz so weit rechts stehende Organisationen verweist die Bundesregierung auf die seither ergangenen Abgrenzungsbeschlüsse der REP, der DVU, der NPD und der DLVH, die nach ihrer Kenntnis zur Vermeidung von Ansehensverlust und Akzeptanz auch durchgesetzt worden sein sollen; was im Falle der beiden letztgenannten allerdings bezweifelt werden darf.

Klaus Henning Rosen

Verbürgte Grundrechte

Das Bundesverfassungsgericht hat die Anträge der Bundesregierung gegen die Rechtsextremisten Thomas DIENEL und Heinz REISZ gem. Art. 18 des Grundgesetzes - Verwirkung von Grundrechten - abgelehnt.

Nach den gescheiterten Anträgen gegen Otto-Ernst Remer, damals stellvertretender Vorsitzender der verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ bzw. den rechten Pressezaren Dr. Gerhard Frey, München, sind damit zwei weitere Versuche fehlgegangen, gegen präsumptive Feinde der Demokratie deren Waffen einzusetzen. Die Anträge gegen Dienel und Reisz waren im Dezember 1992 gestellt worden, um nach dem Anschlag von Mölln ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Der „blick nach rechts“ hatte allerdings schon damals Zweifel am Erfolg der Anträge geäußert (vgl. BNR 27/92). Dienel, nach SED-Mitgliedschaft in Thüringen zum Führer einer Deutsch-Nationalen Partei aufgestiegen, und Heinz Reisz, Chef der Landespartei „Deutsches Hessen“ in der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), waren regionale Figuren in der Szene. Ausschlaggebend für das Bundesverfassungsgericht war offensichtlich, daß Strafgerichte den Genannten eine positive Sozialprognose gestellt hatten. Bedauerlicherweise hat das höchste Gericht seine Entscheidung nicht näher erläutert.

KHR

Umrahmt von Neonazis:

„Freiheitliche“ machen mobil

Im Rahmen einer Werbe-Tour von Schliersee bis Osnabrück trat der Bundesvorsitzende des „Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen“ (BFB) Manfred Brunner auch in Mannheim auf. Brunner referierte am 18. Juli 1996 („Kommt zum Protest gegen: Arbeitslosigkeit, Euro-Wahn und die Ausplünderung Deutschlands“) vor rund 300 Personen, zumeist Sympathisanten, im Bürgersaal des Stadthauses. Zu seinen Vorrednern gehörten der Heidelberger Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke, stellvertretender BFB-Vorsitzender, und der Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und Beisitzer im Bundesvorstand, Josef Wedeking aus Heidelberg.

Unter den Gästen der Veranstaltung befanden sich viele Rechtsextremisten, darunter Korporierte, der örtlichen Szene. Neben zahlreichen ehemaligen, aber auch aktiven Funktionären der lokalen „Republikaner“ stellten sich auch Skinheads und militante Neonazis vor Ort ein. Zu den vielen anwesenden Ex-„Republikanern“ zählten u.a. der frühere REP-Gemeinderat und Kreisvorsitzende der damaligen Schönhuberpartei, Friedrich Sommer, und mit Alfred Reichwein ein weiterer ehemaliger REP-Kreisvorsitzender und -Kommunalpolitiker aus Mannheim. Die zugewandten Skinheads trugen ungestört ihre braune Gesinnung zur Schau. Mit einschlägigen „T“-Hemden („Skrewdriver“, „Blood & Honour“) demonstrierten sie, wes Geistes Kind sie sind. Zu den Besuchern aus der Neonazi-Szene gehörte der 22jährige René Rodriguez-Teufer, ehemaliges Vorstandsmitglied der im Südwesten aktiven „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ (ANK). Derzeit steht Rodriguez-Teufer, der auch bei der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige“ und der pro-Apartheid-Organisation „‘Interessengemeinschaft’ Volksstaat. Deutscher Freundeskreis der AWB“ aktiv ist, in Koblenz vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm die Fortführung der 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ vor.

Der in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) wohnhafte Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Philipp stellte dem „Bund Freier Bürger“ im Rahmen der Veranstaltung seinen Beitritt in Aussicht. Derzeit klagt Philipp nach eigenen Angaben gegen das Land Baden-Württemberg, Anlaß dazu ist das kommunale

Wahlrecht für EU-Ausländer im Südwest-Staat. In der Vergangenheit machte der von Brunner hofierte Philipp wiederholt von sich reden. Anfang der 80er Jahre gehörte er zu den Unterzeichnern des rassistischen „Heidelberger Manifestes vom 17. Juni 1981“. Im darauffolgenden Jahr hielt das damalige CDU-Mitglied bei der Gründungsveranstaltung des rechtsextremistischen „Schutzbund für das deutsche Volk“ ein Referat zum „Heidelberger Manifest“. 1984 war der Lebensschützer Philipp Gründer der strammrechten „Juristen-Vereinigung Lebensrecht“ (JVL). Jahre später gehörte Philipps Ausarbeitung „Abtreibung als öffentlich-rechtliche Kassenleistung - eine zentrale Frage des Rechtsstaates“ zu den Grundlagen der Verfassungsklage gegen den Abtreibungsparagraphen 218.

Strammer Lebensschützer

Manfred Brunner gab in Mannheim bekannt, daß er die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) in ihrer Klage wegen des Verfassungsschutzberichtes des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen vertritt. Die in Berlin ansässige JF will ihre Aufnahme in den VS-Bericht des größten Bundeslandes durch das zuständige Innenministerium auf juristischem Wege anfechten. Brunner empfahl den Veranstaltungsteilnehmern, zumeist männliche Angehörige der Alterskohorte der 50- bis 70jährigen, nachdrücklich die „Junge Freiheit“, aber auch das Magazin „Focus“ zur Lektüre. Mit dem Siegener Hochschullehrer Professor Bernd-Thomas Ramb, gehört seit kurzem auch ein Präsidiumsmitglied des BFB zum Redaktionsstab der „Jungen Freiheit“.

Zahlreiche Anwesende unterschrieben das Volksbegehren „Rettet die D-Mark“. Die Aussichten des BFB, das Europawahlergebnis von 1994 von 1,1 Prozent bei der Bundestagswahl 1998 und bei der Europawahl 1999 zu übertreffen, stehen gut. Der Wohlstandschauvinismus und Rechtspopulismus („Wissen Sie, in Brüssel gibt es keine Gehälter, sondern Schweigegeld“) des ehemaligen EU-Angestellten Brunner knüpft an vorhandenen Ängsten und Unsicherheiten an. Und den akuten Mangel an Mitgliedern, so sollen dem dem Bundestag vorliegenden Rechenschaftsbericht der Parteien zufolge nur 700 Personen dem BFB angehören, macht der der österreichischen Haider-Partei nahestehende „Bund“ durch finanzielle Mittel wett. Das Plakatieren und Verteilen von Werbematerial wird an Professionelle vergeben.

Eva Bernhard

Zum Gedenken an den deutschen Widerstand

Aus Anlaß des 52. Jahrestages des deutschen Widerstandes am 20. Juli hat die Gedenkstätte Deutscher Widerstand zwei neue Ausstellungen eröffnet.

Die Ausstellung "Reaktionen des deutschen Widerstandes auf den Kriegsbeginn 1939" dokumentiert unterschiedliche und vielfältige, aber letztlich erfolglose Reaktionen des deutschen Widerstandes, dessen Möglichkeiten sich mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 vollkommen verändert hatten. Im Vordergrund aller Bemühungen der Opposition und des Widerstandes standen nun die Versuche, den Krieg zu beenden, Verbrechen zu verhindern und zu den Grundsätzen des Rechtsstaates zurückzukehren. Erinnert wird u.a. an die "Rote Kapelle", den Kreisauer Kreis und Johann Georg Elser sowie den Kriegsdienstverweigerer Hermann Stöhr, einen der wenigen evangelischen Christen, die im Jahr 1939 aus Gewissensgründen jeden Dienst mit der Waffe verweigerten. Am 21. Juni 1940 mußte Hermann Stöhr seine Kriegsdienstverweigerung mit dem Leben bezahlen. Dargestellt sind auch Reaktionen des Exils. Während sozialdemokratische und sozialistische Aufrufe offen gegen den Krieg protestierten und den Sturz der NS-Diktatur forderten, blieb eine Reaktion aus dem ZK der KPD aus Moskau zunächst aus. Als deutsche ZK-Mitglieder im französischen Exil zur Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und zum Sturz Hitlers aufriefen, wurde dieser Aufruf später vom ZK in Moskau kritisiert und in geänderter Form veröffentlicht.

Zur Eröffnung der Fotoausstellung "Es war einmal. Warschau im Herbst 1939" sprach der sozialdemokratische MdB, Siegfried Vergin, stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission "Deutsche Einheit", zum Themenfeld Gedenkstättenarbeit. Vergin zeigte auf, daß Gedenkstätten an Orten, an denen Verbrechen an Menschen begangen wurden und Menschen unsäglich gelitten haben, "zugleich Symbol, Ausdruck und Vermittler der politischen Kultur einer Gesellschaft, die sich vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen den Werten der rechtsstaatlichen, freiheitlichen Demokratie, der Tole-

ranz und Menschlichkeit verschrieben hat", seien bzw. sein sollten. Damit, so Vergin, zugleich Vorsitzender der Projektgruppe Rechtsextremismus und Gewalt der SPD-Bundestagsfraktion, sei zunächst angesagt, was die Bundesrepublik nicht brauche: "Es braucht kein Holocaust-Museum, es braucht keine museale Inszenierung des NS-Terrors, vielmehr ist es seine Schuldigkeit, die authentischen Orte des NS-Verbrechens in Deutschland selbst und außerhalb als Stätten der Erinnerung und des Gedenkens der Nachwelt zu erhalten und zu überliefern." Für den SPD-Bundestagsabgeordneten gehören Gedenkstätten und professionell betriebene politische Bildung eng zusammen.

Das ausgelöschte ostjüdische Element Europas dokumentiert die Ausstellung "Es war einmal. Warschau im Herbst 1939". Rund 250 Fotos, die in Warschau zu Beginn des grausamen Eroberungskrieges entstanden waren und erst jetzt ans Licht der Öffentlichkeit kamen, zeigen, so Stefan Rammer (Passauer Neue Presse), Mitherausgeber der gleichnamigen Buchveröffentlichung, etwas "was kurze Zeit später nicht mehr existieren sollte": "Jüdische Menschen, die ins Gas gingen, Gebäude und Straßen, die fast völlig zerstört wurden." Der Politologe und Historiker Peter Steinbach bewertete diese einzigartige Ausstellung folgendermaßen: "Diese Fotografien rufen eine Welt vor das Auge, die Europa inzwischen verspielt hat, weil sich deutscher Rassen- und Größenwahn, germanozentrische Überheblichkeit und historizistisch legitimierte Unmenschlichkeit miteinander verbanden und die Menschen nur zu willig dem Wahnbild einer >ethnischen Säuberung< folgten, das sich schließlich zur Tragödie Europas steigerte."

20. Juli 1944 - 20. Juli 1996

Auch in diesem Jahr wurde auf mehreren Gedenkveranstaltungen von Bundesregierung und Senat, Opfer- und Verfolgtenverbänden (Stiftung 20. Juli 1944, Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. und Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e.V.) des Jahrestages des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 gedacht. Claus Graf Schenk von Stauffenberg hatte vor 52 Jahren eine Bombe im Führerhauptquartier "Wolfsschanze" im damaligen Rastenburg/Ostpreußen gelegt. Sein Arbeitszimmer, die Zentrale des Umsturzversuches, befand sich im Bendlerblock in Berlin-Tiergarten, dem Sitz des Oberkommandos des Heeres. Nach dessen Scheitern und dem erzwungenen Frei-

tod von Generaloberst Ludwig Beck wurden im jetzigen Ehrenhof der Gedenkstätte noch in derselben Nacht Oberst Stauffenberg, General Friedrich Olbricht, Oberstleutnant Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haeften erschossen. Untergebracht im Bendlerblock ist heute u.a. die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die im letzten Jahr von rund 70.000 Interessierten aufgesucht wurde und von den engagierten Wissenschaftlern Peter Steinbach und Johannes Tuschel geleitet wird. (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 9.00 bis 18.00 Uhr, Samstag und Sonntag 9.00 bis 13.00 Uhr.)

Bei der zentralen Gedenkfeier im Ehrenhof des Bendlerblocks, erinnerten Bundesbauminister Klaus Töpfer (CDU), Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) und die Berliner Bürgermeisterin Christine Bergmann (SPD) an die mehr als 200 Menschen, die nach dem Umsturzversuch ermordet worden waren. Vogel forderte die zweifelsfreie Aufhebung der Urteile des Volksgerichtshofes gegen Widerstandskämpfer des 20. Juli. Bergmann betonte, daß auch für die Wehrmachtsdeserteure die Zeit für eine juristische Rehabilitation gekommen sei. Moralisch sei sie längst erfolgt.

Am Rande der Veranstaltung wurden Flugblätter einer "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär" verteilt, in denen u.a. ausgeführt wird: "Ausgerechnet der militärische Widerstand wird zum Anlaß eines regierungsoffiziellen Gedenkens genommen, der stellvertretend den gesamten >Deutschen Widerstand< repräsentieren soll. Der Bandbreite des Widerstandes gegen das Dritte Reich wird durch die Ehrung der Attentäter des 20. Juli 1944, also erst gegen Ende des 2. Weltkrieges, nicht gerecht." Für die Initiatoren der Kampagne heißt dies: "Am 20. Juli geraten eben jene in Vergessenheit, derer man auch sonst lieber nicht gedenken würde: Menschen, die aus politischen, antimilitärischen, ethischen, religiösen oder sonstigen Gründen Widerstand gegen das faschistische System geleistet haben."

Anläßlich einer Feier des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) legte dessen Vorsitzende, Bundestagspräsidentin a.D. Annemarie Renger (SPD), Wert auf die Feststellung, daß der Widerstand gegen die Nazi-Diktatur nicht erst am 20. Juli 1944 begonnen habe, wie manche Kreise nun in der Öffentlichkeit glaubhaft machen wollen. Im Beisein von sozialdemokratischen Urgesteinen wie

dem 90jährigen Hans Heise, einst KZ-Häftling in Dachau, und Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten" (AVS), sprach sie dem Widerstand des 20. Juli jedoch eine hohe Symbolfunktion zu, die es zu erhalten gelte.

Den Abschluß der Feierlichkeiten bildete eine kurze Gedenkveranstaltung auf dem Gelände der einstigen Hinrichtungsstätte des Strafgefängnisses Plötzensee. Dort wurden von 1934 bis 1945 etwa 2.500 Menschen durch Guillotine oder durch den Strang zu Tode gebracht, darunter allein 89 Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, deren qualvolles Sterben Hitler eigens von Kameralen filmen ließ. Die letzten Hinrichtungen fanden noch am 18. April 1945 statt. Ermordet wurden in Plötzensee unter anderem der sozialdemokratische Pädagoge Adolf Reichwein und der Gewerkschaftler und Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner.

Anton Maegerle

(Der Autor gehörte der Delegation des "Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V." (ZDWV) an.)

HINWEIS

Frankfurt - Die 32seitige Broschüre "Gott, Jehova, Krishna oder was?" mit "Kurzinformationen zu Sekten und religiösen Strömungen" ist beim Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Emil von-Behring-Straße 3, 60396 Frankfurt, Telefon 069 - 58098-189, Fax 069 - 58098-100 erhältlich. Verfasser ist Kurt-Helmuth Eimuth, der Weltanschauungsbeauftragte der evangelischen Kirche in Frankfurt, zusammen mit seinem katholischen Kollegen Lutz Lemhöfer. Im Heft finden sich Kurzkapitel über "Zeugen Jehovas", "Mormonen", "Neuapostolische Kirche", "Transzendente Meditation", "Scientology", "Universelles Leben" und "Hare Krishna". Weitere Artikel befassen sich mit der Frage "Was ist überhaupt eine Sekte?" oder setzen sich mit "Endzeitsekten", "Jugendreligionen", "Okkultismus" und "Esoterik" auseinander. Komplettiert wird das Ganze mit einer Aufstellung weiterführender Literatur und einem Adressenteil, in dem Beratungsstellen aufgelistet sind.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechte Periodika

Berücksichtigt wurden die Vierteljahresschrift „Criticon“, die in den jüngsten Länderverfassungsschutzberichten von Baden-Württemberg und Hamburg als Publikation der Neuen Rechten genannt wird, sowie „Junge Freiheit“ 31-33/96 und „Deutsche National-Zeitung“ 30-31/96:

„Criticon“ Nr. 150, April/Mai/Juni 1996;
In der „Criticon“-Jubiläumsausgabe (Nr. 150) wird auch eines anderen Jubiläums gedacht, nämlich des sog. Historikerstreits, der vor zehn Jahren entstanden war. Als dessen Ergebnis kritisiert „Criticon“, daß die - als „Streithähne“ bezeichneten - Professoren Mommsen und Habermas es durch Manipulationen geschafft hätten, Nolte und Konsorten in die „rechtsextreme Ecke zu rücken, aus der diese bis heute z.T. nicht mehr herausgekommen“ seien. Über den Niedergang der politischen Klasse und Kultur und das Ausbleiben der „geistig-moralischen Wende“ seit nunmehr 14 Jahren klagt der ultrarechte Kämpfer Gerhard Löwenthal in seiner Kolumne. Der einschlägig bekannte US-amerikanische Historiker Alfred de Zayas bewertet „Hitler's Willing Executioners“ des Daniel Jonah Goldhagen. Erwartungsgemäß wird Gegenposition zu den von Goldhagen gezogenen Schlußfolgerungen ob des Wissens und der Beteiligung der Deutschen am Holocaust bezogen. Am besten geht das mit Bagatellisierung und Aufrechnung: So habe es natürlich Rassismus gegeben, aber den gab schließlich auch in anderen Staaten wie den USA; zwar hätten wohl durchaus Millionen Deutsche die Judentransporte mitbekommen, aber auch die Amerikaner hätten nicht protestiert, als 1942 130.000 Amerikaner japanischer Herkunft in Internierungslagern verschwanden; und schließlich hätte niemand gewußt, was geschehen würde. Der Wert der Arbeit sei überhaupt fragwürdig, da Himmlers Posener Rede vom 4.10.1943 vor SS-Gruppenführern fehle; andere von Goldhagen zitierte Reden von NS-Größen, die die Judenvernichtung zum Inhalt haben, interessieren de Zayas wohlweislich nicht. Schließlich versucht er darzulegen, daß die Deutschen ein Volk von Widerstandskämpfern und Ahnungslosen waren und gelangt gar zu der Schlußfolgerung, daß die Thesen Goldhagens „schlechthin als rassistisch“ anzusehen seien. Zu guter Letzt würdigt „Criticon“ noch ein Jubiläum: Nämlich das zehnjährige

Bestehen der „Jungen Freiheit“, die seit 1994 als Wochenzeitung erscheint und deren Autorenschaft mit derjenigen von „Criticon“ teilweise identisch ist.

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jg.;
Olympia 1996 - für die JF eine „unbegrenzte Zumutung“. Allein schon das Washingtoner „anti-deutsche Agitprop-Sammelsurium“ zur Olympiade 1936 - wie schön friedlich war es doch 1936 in Berlin im Gegensatz zum als Horrorszenario gemalten Austragungsort Atlanta. Kein Wunder, daß durch die Amerikanisierung auch die sportlichen Leistungen im Niedergang sind, insbesondere der Deutschen, und dies mit dem Einverständnis ihrer Führungseliten (31/96). Den kürzlich verstorbenen rechtsextremen Publizist Adolf von Thadden darf neben JF-Chefredakteur Dieter Stein auch der Vorsitzende der rechtsextremistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ und ehemalige NPD-„Chefideologe“ Dr. Rolf Kosiak ganzseitig würdigen (31/96). Der neue Stasibeauftragte der sächsischen Landesregierung, Siegmund Faust, der als Mitarbeiter der Berliner „Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus“ der ehemaligen SS-Aufseherin Margot Pietzner zu einer stattlichen Haftentschädigungssumme von DM 65.000,— verholten hat, ist selbstredend unschuldig und die DM 7.000,— Belohnung der Pietzner wurden ihm gegen seinen Willen aufgedrängt (32-33/96). Der neurechte Theoretiker und Autor der Zeitschrift „Junges Forum“, die im Verlag „Deutsch-Europäische Studien“ erscheint, Lothar Penz, resümiert über den Industriestandort Deutschland. In einem anderen Beitrag wird Kritik laut an dem Nationalrevolutionär Henning Eichberg, der das Ideengut der „Konservativen Revolution“ und damit auch der „Jungen Freiheit“ als kontrarevolutionär betrachtet (32-33/96).

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 25.Jg.;
Ein Horrorszenario wird ob der Kriminalität von „Zigeunern“ entwickelt, im übrigen der Völkermord an 500 000 Sinti und Roma im Dritten Reich indirekt in Abrede gestellt (30/96). Auf's Korn genommen wird der NRW-Verfassungsschutz wegen seiner Berichterstattung über die DVU (30/96). Im Visier der DNZ steht diesmal der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky und dessen „Sühnerituale“ hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit. Hier rechnet die DNZ mit angeblichen Geschäftspraktiken der Familie der Gattin während der NS-Zeit gegen (31/96).

BÜCHERSCHAU

**Eine braune
Verschwörung?**

Seit 1992 wurden gegen die organisierte Neonazi-Szene massive Verbotsmaßnahmen verhängt, was zwar nicht zur vollständigen Zerschlagung, aber zu starker Irritation und Verängstigung des neonazistischen Lagers führte. Seine gegenwärtige Bedeutung und Entwicklung darstellen will das Handbuch eines "antifaschistischen Autorenkollektivs" unter dem Titel "Drahtzieher im braunen Netz". Basis dafür sind die Recherche-Ergebnisse verschiedener Antifa-Gruppen zum "Neonazi-Untergrund der 90er Jahre" (S. 7), dessen tatsächlicher Hintergrund gegenüber dem Schein diffuser Strukturen und organisatorischer Zersplitterung aufgearbeitet werden soll. Die Autoren behandeln die verschiedensten Aspekte: Von den Briefbomben in Österreich und den "Anti-Antifa"-Aktivitäten über das Weiterwirken verbotener Organisationen und den Zusammenhalt der Szene bis hin zur Nutzung neuer Kommunikationsmittel und der Bedeutung der "Scharnierorganisation" des älteren Rechtsextremismus. Dabei werden Informationen zu unterschiedlichen Gruppen geliefert, etwa zum "Deutschen Freundeskreis Franken", der "Nationalistischen Front", der "Sozialrevolutionären Arbeiterfront" oder dem "Witikobund" u.a. Als Ergebnis der Darstellung läßt sich festhalten: Die Verbote hätten die Neonazis nicht geschwächt, sie agierten ungehindert weiter und hätten nur unwichtige Mitläufer verloren. Die übrig gebliebenen Aktivisten seien auf dem besten Weg zur Herausbildung eines geschulten und vernetzten Führungskaders. Hinter der jüngeren Neonazi-Szene stünden vor allem ehemalige Mitglieder der Waffen-SS, die ideologisch wie organisatorisch anleitend wirkten.

Eine Beurteilung des Bandes fällt ambivalent aus: Einerseits wäre anzumerken, daß sich die Autoren recht gut in Detail-Fragen zu einzelnen neonazistischen Personengruppen auskennen. Darüber hinaus verfügt man über vielfältiges Bildmaterial, das auch die jeweiligen Aktivisten plastisch darstellt. Anderer-

seits muß kritisch darauf hingewiesen werden, daß die Einzelinformationen in einen allgemeinen Zusammenhang gestellt werden, der so nicht ausreichend belegt ist. Dies gilt etwa für die zentrale Behauptung des Bandes, wonach die Verbote nicht gewirkt hätten, sondern die Szene im Gegenteil unbehelligt und sogar effizienter weiter wirken würde. Diese Auffassung ignoriert zum einen, daß es eine Reihe von Prozessen gegen Aktivisten wegen Nachfolgeaktivitäten gegeben hat und gibt. Andererseits versteht es sich eigentlich von selbst, daß lediglich Organisationen verboten wurden, was nicht notwendigerweise die völlig politische Inaktivität der beteiligten Personen nach sich ziehen muß. Die Neonazi-Szene befindet sich in der Tat in einem Umorganisationsprozeß hin zu autonomen Strukturen, der allerdings gegenwärtig erst in Ansätzen umgesetzt wurde.

In dieser Hinsicht nehmen auch die verschiedenen Autoren widersprüchliche Einschätzungen vor: So ist einmal vom geplanten Aufbau, bei anderer Gelegenheit bereits von der Existenz einer Kaderstruktur die Rede; einmal wird von der beginnenden Überwindung der organisatorischen Zersplitterung gesprochen, bei anderer Gelegenheit ist sie schon längst erfolgt. Bei derartigen Phänomenen arbeiten die Autoren häufig mit diffusen Kategorien, womit sie organisationssoziologische Prozesse im Neonazismus nur grob erfassen können. Darüber hinaus finden sich in dem Band eine Reihe von pauschalen und undifferenzierten Aussagen oder nicht weiter hinterfragte Interpretationen. So wird z. B. kein näherer Unterschied zwischen den ausländerpolitischen Auffassungen von Rechtsextremisten und der Ausländerpolitik der Bundesregierung gesehen. Die zentrale These des Buches, die Verbote hätten nichts gebracht, steht konsequenzlos im Raum. Hätte man auf derartige Maßnahmen gänzlich verzichten sollen? Bedarf es einer noch größeren Ausweitung der Verbotspraxis? Derartige Fragen stellt man sich nicht. Und schließlich sei noch auf doch reichlich absonderliche, verschwörungstheoretisch anmutende Behauptungen verwiesen. Die Autoren gehen aus von der Existenz eines "Kartells von Altnazis, dessen Gründung auf die ersten Nachkriegsjahre zurückgeht" (S.

212). Es habe "ein umfangreiches Netzwerk" aufgebaut, "das alle Partei und Organisationsverbote nach dem Krieg überstanden hat" (S. 7). Die gegenwärtigen Neonazis würden von diesem angeleitet. Zwar ist es richtig, daß einzelne Alt-Nazis als Einzel-Personen eine wichtige Bedeutung für die jüngere Generation haben. Daraus läßt sich aber nicht das Wirken einer konspirativen Organisation im Sinne eines Netzwerkes ableiten. Derartige Vorstellungen haben wohl mehr mit einem Polit-Thriller denn der realen Situation zu tun.

Armin Pfahl-Traughber

Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hrsg.), Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg 1996 (Konkret Literatur Verlag), 270 S., 34 DM

Der Mythos der Nation

Die Entstehung und Entwicklung nationaler Gefühle ist immer von mythischen und realen Elementen verbunden gewesen. Deren Verhältnis zueinander bestimmen will die Untersuchung des britischen Sozialhistorikers Eric J. Hobsbawm, ein origineller und unorthodoxer Vertreter marxistischer Geschichtsschreibung. Sein auf Vorlesungen an der Universität Belfast zurückgehendes Werk „Nationen und Nationalismus“ nimmt auf der Grundlage der modernen Nationalismus-Forschung eine Analyse der damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Geschichte der letzten zweihundert Jahre vor. Entsprechend ist seine Arbeit historisch-chronologisch gegliedert: Zunächst beschreibt Hobsbawm die Herausbildung der Nation als ein neuartiges Phänomen, danach die Entwicklung des volkstümlichen Protonationalismus und des Nationalismus von oben. Dem folgen Kapitel zur Wandlung des Nationalismus zwischen 1870 und 1918 und zum Höhepunkt der gesellschaftlichen Bedeutung des Nationalismus zwischen 1918 und 1950. Das ab-

schließende Kapitel ist der Situation des Nationalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert gewidmet.

Über die Darstellung verstreut formuliert Hobsbawm zahlreiche Thesen, die für eine grundsätzliche Interpretation des Nationalismus von Bedeutung sind: Nationen sind im Gegensatz zu den Auffassungen nationalistischer Protagonisten keine natürlichen, sondern historische Phänomene. Es gibt auch keine objektiven Kriterien zur Definition einer Nation, vielmehr entsteht eine Vorstellung davon durch das subjektive Empfinden der sich dazu gehörig Fühlenden. Es handelt sich also um ein Konstrukt, d. h. zunächst war eine nationalistische Einstellung da, erst danach entstand die Vorstellung von einer Nation. Somit bildet der Nationalismus eine politische Ideologie, die in der Geschichte von den verschiedensten politischen Kräften für ihre Zwecke genutzt wurden, handelte es sich doch um ein wichtiges Instrument zur gesellschaftlichen Integration.

Zwar sind diese Erkenntnisse nicht neu, aber Hobsbawm gelingt es, die Interpretation anschaulich bei der historischen Darstellung mehrerer Beispiele in den verschiedensten Ländern und Regionen zu verdeutlichen. Daß dabei manche Beschreibung etwas cursorisch gerät, liegt an der Natur der Sache, wird doch ein breites thematisches Feld beackert. Kritisch angemerkt werden muß darüber hinaus aber, daß Hobsbawm trotz einleitender gegenteiliger Bekundungen sich fast ausschließlich mit der objektiven Seite und kaum mit der subjektiven Seite des Phänomens auseinandersetzt. Es wird zwar überzeugend der Charakter des Nationalismus als Integrationsideologie begründet, aber nicht geklärt, warum die nationalistischen Einstellungen auch bei den Adressaten auf so große Akzeptanz stießen. Gleichwohl handelt es sich um ein analytisch beachtenswertes Werk, werden doch systematisch die ideologischen Bestandteile des Nationalismus herausgefiltert.

Armin Pfahl-Traughber

Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1870 (1990), München 1996 (dtv), 238 S., 24,90 DM

Rettung für die JF

Berlin - Die Ende April begonnene Spendenkampagne zugunsten der vom Verfassungsschutzbericht beobachteten Wochenzeitung "Junge Freiheit" (JF) zeigt erste Erfolge. In einem Rundschreiben teilt Ulrike Guleikoff für die "Freunde der Jungen Freiheit" nun mit, daß bisher "24,6 % der Abonnenten mit einer Spende geholfen" hätten. Dabei seien "schon mehr als 80% der Mittel eingegangen, die für die gut geplante Werbekampagne zum Ausgleich des eingebrochenen Kioskverkaufs benötigt werden." Weitere rund 20.000 DM sollen noch gesammelt werden, um somit das selbstgesteckte Ziel von 100.000 DM zu realisieren. Die derzeitige JF-Auflage schätzt der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen lediglich "zwischen 10.000 und 15.000 Exemplaren" ein. "Unklar bleibt auch, wie neue Aktivitäten im Jahre 1995 finanziert wurden und in Zukunft finanziert werden."

In der Ausgabe vom 12. Juli gab die JF zwei Änderungen in der Zusammensetzung ihrer Redaktion

bekannt. Der langjährige Redakteur und Vielschreiber Roland Bubik (26) soll demnach offiziell ausscheiden. Anfang Juni hatte die ehemalige JF-Autorin Gerlinde Gronow (22) Bubik als "kleinen Yuppie" und "großen Antiamerikanisten" beschrieben, der "jeden Tag bei McDonald's" ißt. Das Tragen von Jeans wolle Bubik, so Gronow in dem Interview in der Berliner Tageszeitung "taz", am liebsten verbieten. Den "oberen Zehntausend", zu denen sich offensichtlich auch Diplom-Kaufmann Bubik zählt, sei es jedoch vorbehalten, auch weiterhin die begehrten Beinkleider zu tragen. Bubis bisheriges Ressort "Zeitgeist und Lebensart" ("Wir danken ihm für den Aufbau dieser Seite, die zum unverwechselbaren Profil der JF beiträgt") hat der 20jährige Ernst Jünger-Fan Manuel Ochsenreiter übernommen. Redakteur Patrick Neuhaus geht zur Bundeswehr und gibt deshalb die Berlin-Seite an die Hauptredaktion ab, der jetzt Gerhard Quast angehört. Der ehemalige Mitarbeiter der nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst" betreut außerdem seit 1995 das Ressort "Natur & Umwelt". Von Anfang 1990 bis Ende 1993 gehörte Quast der JF bereits als verantwortlicher Redakteur an.

Tagebuch

Bad Kissingen/Bayern - Rechtspopulistische Agitation liefert die Juli-Ausgabe des „Deutschland-Briefes“, der mindestens zehnmal im Jahr erscheint und von Manfred Brunner, Bundesvorsitzender des „Bundes Freier Bürger“ (BFB), nunmehr im 2. Jahrgang herausgegeben wird. Die sozialdemokratischen Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Hamburg werden als „rote Machthaber“ diffamiert, die „den Verfassungsschutz mißbrauchen, um politische Gegner zu drangsalieren“ und „die im Grundgesetz garantierte Meinungs- und Pressefreiheit“ schamlos mißachten.“ Chefredakteur“ des „DeutschlandBriefes“ (Untertitel: „Argumente&Fakten für freie Bürger“ ist Bruno Bandulet, in dessen Verlags GmbH in Bad Kissingen das Blatt auch erscheint. Der JF-Interviewpartner Bandulet, einst Referent für Ost- und Vertriebenenpolitik der CSU-Landesleitung und Chefredakteur der sexistischen Zeitschrift „Quick“, amtiert als BFB-Präsidiumsmitglied und ist langjähriger Mitarbeiter der Zeitschrift „Criticon“.

Berlin - Der Neonazi Jürgen Jost (alias Joschi), Betreiber der im nordbadischen Oftersheim stationierten Thule-Mailbox „Elias“, forderte seine computerbegeisterten Kameraden dazu auf, der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Vorträge, Kongresse, Demonstrationen ... zur kostenlosen Veröffentlichung mitzuteilen.

nierten Thule-Mailbox „Elias“, forderte seine computerbegeisterten Kameraden dazu auf, der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Vorträge, Kongresse, Demonstrationen ... zur kostenlosen Veröffentlichung mitzuteilen.

Berlin- Die Redaktion der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) berichtet im neonazistischen Mailbox-Verbund „Thule“ über eine sogenannte „Medienoffensive in Berlin“. So will das Berliner Projekt „Radio Deutschland“, „das Radio für deutsche Interessen“, in eine Sommer-Offensive gehen. Eingerichtet werden soll ein eigenes ständiges „Radio Deutschland“-Infotelefon, auf dem neben Kurzmeldungen u.a. auch die neuesten Sendetermine zu erfahren seien. Hinzu soll ein acht Seiten umfassendes 14tägiges „Radio Deutschland“-Infoblatt kommen. Mitarbeiter vom „Radio Deutschland“, das künftig mindestens einmal per Monat senden will, sind u.a. der verantwortliche Betreiber Nicolas Wernicke (REP) sowie Mike Penkert („Die Nationalen“), Lutz Gießen, Michael Aulich (REP, Ex-Aktivist der „Wiking-Jugend“) und Kim Kurlbaum (REP). Nach Eigenangaben beinhaltet „Radio Deutschland“ überwiegend „deutsche, nationale Musik wie etwa Frank Rennicke, Rockgruppen wie Freikorps oder Endstufe sowie brand-

aktuelle Nachrichten aus der nationalen Szene, die man sonst in der Medienlandschaft vermißt.“ Kameraden, die die Sendung nicht empfangen können, können diese auf Cassette bei der „Kameradschaft Beusselkiez“ in Berlin ordern.

Bremen - In mehreren deutschen Städten, darunter Lübeck, Hamburg, Bremen und Frankfurt, wurden von Rechtsextremisten angemeldete Kundgebungen für das erste Augustwochenende verboten. Die Kundgebungen stehen im Zusammenhang mit dem 9. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. Im Rahmen der „nationalen Aktionswochen“ waren für Anfang August bundesweit 89 Versammlungen von Neonazis angemeldet worden.

Engerda (Thüringen) - Der Zeitschrift „Der Hain - für Heidentum, Naturreligion und thelemistische Philosophie“ (v.i.S.d.P.: der Berliner Matthias Wenger, einst Mitglied des okkultistischen „ordo Templi Orientis“ >ONT<) ist zu entnehmen, daß Stefan Ulbrich (Arun-Verlag/Engerda-Thüringen) auch einen „Versand für Naturreligion, Schamanismus und Spirituelle Ökologie“ mit dem Titel „Gaia“ betreibt. Angeboten werden, so der „Hain“ eine „tatsächlich bemerkenswerte Auswahl an Büchern, Schmuck und CD's und Musikinstrumenten, die in dieser Konstellation ihresgleichen sucht.“ Ulbrich, einst Aktivist der „Wiking-Jugend“ und zeitweilig Redakteur der „Jungen Freiheit“, ist einer der Propagandisten des „Thule-Mythos“. Beispielsweise ist er Herausgeber des braunen Kult-Buches „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ und Vertreiber einer „Thule-Watch“ auf deren Ziffernblatt das Symbol der Schwarzen Sonne, das auch auf dem Fußboden der Wewelsburg, einer ehemaligen SS-Ordensburg in der Nähe von Paderborn, prangt, abgebildet ist.

Frankfurt - In der FAZ wirbt eine „Edition Gie“ für ihr Buch „Das Ende der D-Mark. Vision oder Wandel?“. Autor des Buches ist Gert Meier (Jahrgang 1937), derzeit Rechtsanwalt in Köln, der „seit mehr als 30 Jahren die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft“ verfolgt. Anzumerken ist hier, daß der Jurist Meier im April beim diesjährigen Jahreskongreß der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP) als Referent (Thema: „Die geplante Europäische Währungsunion und die Folgen“) zugegen war und auch schon für die revisionistische Vierteljahrsschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) aus dem Hause des Tübinger Grabert-Verlages zur Feder griff. Der Grabert-Verlag hat seinen

Buchkunden jüngst mitgeteilt, daß ihnen in Kürze das Buch „Das Ende der D-Mark. Vision oder Wahn?“ zur Ansicht zugesandt wird. Nicht verwunderlich, ist die „Edition Gie“ doch ein neuer Ableger des Verlagskomplexes von Wigbert Grabert.

Hildesheim - In Hildesheim erscheint seit einigen Monaten die Schrift „Der letzte Schrei“. Verantwortlicher des Blättchens im DIN A4-Format ist Andreas Marhauer, Vorstandsmitglied der braunen Knasthilfe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Marhauer gehörte auch zum Umfeld der 1995 verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Beim Rudolf-Hess-Gedenkmarsch im thüringischen Rudolstadt 1992 marschierte Marhauer ebenfalls mit. „Der letzte Schrei ist als völlig privater Mitteilungsrundbrief an unsere Freunde und Kameraden gedacht. Er dient ausschließlich der Information und (...) der Schulung von Aktivisten und Führungskräften.“ Die Auflagenhöhe der Monatsschrift liegt nach Eigenangabe bei, völlig unwahrscheinlichen, 100.000 bis 200.000 Exemplaren. In der aktuellen Ausgabe 4 findet sich ein Beitrag zum Thema „Nationaler Sozialismus“. Der NS gilt, erwartungsgemäß, nicht als rückwärtsgewandt, sondern als Hoffnung. „Auch heute noch bedeutet der nationale Sozialismus oder besser gesagt der nationalistische Sozialismus für Millionen von Menschen auf der ganzen Welt viel mehr als nur eine reine politische Herrschaftsform.“ Weitere Ziele der Arbeit von Marhauer sind es, eine braune „Elite (zu) schaffen“ und „gesetzestreue, revolutionäre Arbeit“ zu leisten. Dabei will er persönlich aber „im Hintergrund bleiben“.

Karlsruhe/Potsdam - Die im Oktober 1995 im sogenannten „Sachsenhausen-Prozeß“ ergangenen Urteile sind rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die Revision der beiden zu Freiheitsstrafen von drei und zweieinhalb Jahren verurteilten Skinheads verworfen. Das Landgericht Potsdam befand im Oktober 1995 die heute 25 und 22 Jahre alten Männer für schuldig, im September 1992 die jüdische Baracke auf dem Gelände des ehemaligen KZs Sachsenhausen angezündet zu haben. Ein erster Prozeß vor dem Landgericht Potsdam hatte im Oktober 1993 wegen zahlreicher Widersprüche und Ermittlungsspannen mit einem Freispruch geendet. Der Bundesgerichtshof hob dieses Ersturteil wegen „erheblicher Rechtsmängel“ am 31. August 1994 auf und verwies die Strafsache zur Neuverhandlung zurück an das Potsdamer Landgericht. Gegen die ergangene Verurtei-

lung zu Freiheitsstrafen hatten die Beklagten dann Revision eingelegt, die vom 5. Strafsenat des BGH jetzt zurückgewiesen wurde (Az.: 5 StR 185/96).

Lausanne (Schweiz) - Erstmals seit seiner Ausweisung aus der Schweiz meldet sich der 78jährige Thies Christophersen wieder zu Wort. Der Schweizer Altfaschist Gaston-Armand Amaudruz druckt im Juli-Heft seines Blattes „Courrier du continent“ einen Brief Christophersens ab, der streckenweise wie ein politisches Testament tönt. „Ich habe mich“, so Christophersen, „immer eingesetzt für das Verständnis unter den Völkern und mich auch bemüht, den Grund des Hasses zu beseitigen: Die Lüge über Auschwitz.“ Der einst in einem SS-Außenlager bei Auschwitz beschäftigte ehemalige SS-Mann gibt aber keinen Hinweis auf seinen heutigen Aufenthaltsort. In einem redaktionellen Zusatz beklagt Amaudruz, einstiger Verbreiter des Christophersen-Machwerkes „Die Auschwitzlüge“, daß die Behörden bei ihm die restlichen Buchbestände beschlagnahmt haben.

Mainz - In Rheinland-Pfalz werden nach Ansicht der Grünen zu wenig rechtsextremistisch motivierte Straftaten aufgeklärt. Die Grünen-Landtagsabgeordnete Friedel Grützmaker forderte eine Verstärkung der Ermittlungen, da die Aufklärungsquote bei nur sieben Prozent liege. Im ersten Halbjahr 1996 wurden 110 rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Straftaten registriert, im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es beinahe doppelt so viele.

Maria Rain (Österreich) - In zahlreichen rechtsextremen Zeitungen und Zeitschriften (u.a.: „Fakten“, „Aula“, „Junge Freiheit“, „Nation+Europa“) wird seit Wochen für die 5. Kärntner Kulturtage (ausgerichtet vom „Kulturwerk Österreich“) geworben, die vom 4. bis 8. September unter dem Motto „Österreich - 1.000 Jahre deutsch - 1.000 Jahre österreichisch“ in Gnesenau im Gurktal stattfinden sollen. Als Referenten sind u.a. der rechtsextreme Publizist Richard Eichler, der Ex-Chefideologe der FPÖ Andreas Mölzer und der Dozent Walter Post zugegen. Anmeldungen nimmt Ebba Lutschunig in Maria Rain entgegen. Das „Kulturwerk Österreich“, 1992 als Abspaltung vom „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) gegründet, zählt zu jenen rechtsextremen Vereinen, die unter dem Deckmantel der Legalität agieren und als Vorfeld- und Umfeldorganisation der NS-orientierten Szene fungieren. An der letztjährigen Veranstaltung nahmen nach Erkenntnissen des nordrhein-westfäli-

schen Verfassungsschutzes auch ca. 20 deutsche Rechtsextremisten teil; darunter Renate Stahl-schmidt (Leserbriefschreiberin in der „Bauernschaft“, Autorin in „Cedade“), Imke Thomas (seit Jahren Mitgestalterin der „Hetendorfer Tagungswoche“), Isa Wallwey (Beisitzerin im Vorstand der „Gesellschaft für freie Publizistik“), Rudolf Gabriel (Funktionär der rassistischen „Artgemeinschaft“) sowie Hans und Edda Schmidt (Funktionäre der „Artgemeinschaft“ und der verbotenen „Wiking-Jugend“). Kopf der „Kärntner Kulturtage“ ist Otto Scrinzi, einst langjähriger FPÖ-Mandatar im Nationalrat, Südtirolsprecher der FPÖ. Scrinzi, Ex-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, ist eifriger Autor in einschlägigen Postillen wie „Fakten“ (herausgegeben von der Partei „Kritische Demokraten“), „Deutsche Annalen“ (Druffel-Verlag), „Deutsche Geschichte“ (Verlagsgemeinschaft Berg) und dem „Eckartboten“.

München/Pfronten - Das bayerische Innenministerium hat am 30. Juli den neonazistischen Verein „Skinheads Allgäu“ verboten. Bei Durchsuchungen von acht Privatwohnungen in Schwaben, Niederbayern und der Oberpfalz in den frühen Morgenstunden des 30. Juli beschlagnahmten die Behörden zahlreiche NS-Devotionalien. Der bayerische Innenminister Beckstein erklärte, die aus rund 50 Mitgliedern bestehende Gruppierung, mit Sitz in Pfronten, habe einen kriminellen Hintergrund gehabt und die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Der Vereinigung, deren Mitglieder zu zwei Dritteln bereits strafrechtlich in Erscheinung traten, war keine lange Lebensdauer beschieden. Nach Polizeiangaben sollen sich im September vergangenen Jahres 43 Personen in Mindelheim zu der „konstituierenden Sitzung“ zusammengefunden haben. Die Gruppierung habe sich damals noch „Skinhead Allgäu 88 e.V.“ genannt; die 88 sei hier als Chiffre für „Heil Hitler“ (das H als achter Buchstabe im Alphabet) zu verstehen.

München - Der ehemalige Vorsitzende der im Juni 1993 vom bayerischen Innenministerium verbotenen Neonazi-Organisation „Nationaler Block“ Fred Eichner wurde zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt. Die 2. Strafkammer befand E. des Einführens von Propagandamitteln und Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation für schuldig. Anlaß des Verfahrens war eine an E. adressierte Materialsendung der aus den USA operierenden NSDAP/AO, die im Oktober 1994 am Düsseldorfer Flughafen beschlagnahmt worden war. Sie enthielt neben fünf Exem-



plaren der NSDAP-Zeitschrift „NS-Kampfruf“ 196 Aufkleber mit Hakenkreuzen und neonazistischen Parolen. Mit der Behauptung, die Sendung unbestellt geschickt bekommen zu haben, konnte E. das Gericht nicht überzeugen. Recherchen hätten ergeben, daß die NSDAP/AO „grundsätzlich nichts ohne Vorkasse liefert“. Die gegen den 36jährigen Neonazi verhängte Strafe wurde gegen eine Geldbuße in Höhe von DM 2.400,— zur Bewährung ausgesetzt.

Nickelsdorf (Österreich) - Der österreichische Rechtsextremist Robert Dürr (geb. 1956; wohnhaft in Nickelsdorf), ehemals FPÖ-Funktionär sowie Schriftleitungsmitglied der antisemitischen Zeitschrift „Sieg“ und jetziger Landesobmann der burgenländischen „Notwehrgemeinschaft der Bauern“ hat ein „Solidaritätskomitee Herbert Schweiger“ ins Leben gerufen. Gegen Herbert Schweiger (1924 geboren) hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichtes Leoben ein Verfahren wegen „Verdacht der Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn nach dem Verbotsgesetz“ eingeleitet. Anlaß der Ermittlungen ist das von Schweiger, einst Freiwilliger der Waffen-SS und Gründungsmitglied des Verbandes der Unabhängigen (FPÖ-Vorläufer) verfaßte voluminöse Buch (rund 450 Seiten) „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik“ (Untertitel: Grundsätze einer nationalen Weltanschauung und Politik“). Die Staatsanwaltschaft Leoben sieht in dem Buch eine „Adaptierung des NSDAP-Partei-programms auf heutige Verhältnisse“ gegeben. Den Stein ins Rollen brachte das „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW). Dürr ruft den Kameradenkreis in seinem Rundbrief (Juni 1996) zur allumfassenden „Soforthilfe auf: „Es geht hier nicht alleine darum Anwalts- und Verfahrenskosten tragen zu können. Es geht um die volle Ausschöpfung der sich in diesem kommenden Prozeß bietenden Möglichkeiten, dem stabilisierten Unrechtssystem einen schweren Schlag zu versetzen.“

Prag (Tschechien) - Der Abgeordnete der rechtsextremen tschechischen „Republikaner“ Jan Vik muß

Adresse:

sich voraussichtlich nicht wegen Volksverhetzung vor Gericht verantworten. Laut einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Brno genießt der im Juni wiedergewählte Parlamentarier Immunität. Eine vor rund einem Jahr vom vorhergehenden Parlament beschlossene Aufhebung der Immunität des „Republikaners“, woraufhin strafrechtliche Ermittlungen gegen Vik eingeleitet worden waren, habe ihre Gültigkeit verloren. Vik wird die Verbreitung antideutscher Flugblätter angelastet.

Volksverhetzende Äußerungen wurden erst jüngst wieder von einem anderen Abgeordneten der 18köpfigen Fraktion der rechtsextremen „Republikaner“ im tschechischen Parlament bekannt. Der Vorsitzende der tschechischen REP Miroslav Sladek diffamierte während der Debatte über die Regierungserklärung des neuen Parlaments auf das Übelste die Roma des Landes. So forderte er bei „Zigeunern“ die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zehn Jahre, aber eigentlich sollten härtere Maßnahmen getroffen werden: „Die Zigeuner müßten bereits von ihrer Geburt an strafrechtlich belangt werden, denn diese ist ihr größtes Verbrechen.“, hetzte der Rechtsextremist.

Trogen/Appenzell (Schweiz) - Ernst-Reimer Peters, einst europäischer Geschäftsführer der „Universalen Kirche“ (BNR 12/96), wurde wegen Widerhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm von dem Schweizer Kantonsgericht Trogen zu 4 Monaten Gefängnis und zu einer Buße von 5.000 Franken verurteilt. Der Antisemit mußte sich für den Versand eines Briefes des Sektenoberhauptes Peter Leach-Lewis verantworten, in dem es u.a. hieß: In „ihrer satanischen Gier zettelten die Juden den zweiten Weltkrieg an, genauso wie sie für den Beginn des Kommunismus verantwortlich waren“.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten